Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 656
Postscheck-Konto: Nr. 612 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. – Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Stadt, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Sport-Warte, Radler-Zeitung, Nachrichten, Blatt aller und neuer Zeit, Roman-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt bei frei Haus monatl. M 1.20, durch Postbezug ohne Zustellgebühr monatl. M 1.— . Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Nachzahl. d. Bezugspreises. Druck: Clemens Lankgraf Nachf., Dresden-A. Pirnaer Str. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, übern. wir ohne Verantwort. keg. der Richtigkeit nicht übernehm.

Anzeigen werden die 6gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 30 % Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

285 Dienstag, den 9. Dezember 1925

Englischer Vorstoß gegen die Kriegsschuldlüge

Faschistische Unterdrückung der deutschen Sprache – Kampf um die Strompreise im Landtag – In zwei Wochen 179 Betriebsstillegungen in Sachsen – Das Urteil im Dolchstoß-Prozeß: 3000 Mark Geldstrafe für Gruber

Wichtige Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der für die Gestaltung des Wirtschaftslebens von größter Tragweite sein wird. Es handelt sich um den Entwurf eines Gesetzes über ein Vergleichsverfahren zwischen Gläubigern und Schuldnern, das den Zweck hat, den Konkurs wirtschaftlicher Unternehmungen abzuwenden. Der Entwurf versucht die Mängel, die bisher dem Verfahren der Geschäftsaufsicht anhafteten, zu beseitigen und dem Schuldner ein Rechtsmittel in die Hand zu geben, um den Konkurs zu vermeiden. Die Gesetzesvorlage ist bereits dem Reichsrat zugegangen. Vor der Fertigstellung des Entwurfes sind die Auffassungen der Wirtschaftsverbände gehört worden.

Stillstand in den außenpolitischen Verhandlungen

Wie wir von maßgebender Seite erfahren, sind die seit dem Londoner Aufenthalt des Reichskanzlers Dr. Luther und des Außenministers Dr. Stresemann in Angriff genommenen diplomatischen Unterhandlungen über die Frage der Erweiterung der Rückwirkungen des Sicherheitspaktes und über die Abkürzung der Besatzungsfristen völlig zum Stillstand gekommen. Die glatte Unmöglichkeit, während der Regierungskrise die wichtige außenpolitische Aktion fortzuführen, beweise die außerordentliche Dringlichkeit einer schnellen Lösung der Regierungskrise. Angesichts der wechselnden Stimmungen in der alliierten Diplomatie würde sich eine längere Dauer der Regierungskrise in Deutschland für die Außenpolitik ganz unerträglich auswirken.

Eine einträgliche „Rückwirkung" von Locarno

Es scheint sich nach Pariser Meldungen zu bestätigen, daß der Nobelpreis im nächsten Jahre zwischen Chamberlain und Briand aufgeteilt werden wird. Man erklärte gestern in Genf, daß in diesem Jahre kein genügend großer Betrag zur Verfügung stehe, um Briand und Chamberlain eine entsprechende Summe zukommen zu lassen, daß man aber im nächsten Jahre 3 Jahresraten zur Verfügung hätte, so daß auf Briand und Chamberlain je 350—400 000 Goldfranken entfallen könnten.

Vorläufige Aufhebung der Wohnungsbeschlagnahmen im Rheinland

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage veröffentlicht).

Das Wolffbureau teilt unter dem 8. Dez. mit: Wie wir hören, hat der General Guillaumat, Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen, dem Generaldelegierten der Reichsvermögensverwaltung beim alliierten Oberkommando in Mainz mitgeteilt, daß er für den französischen Besetzungsabschnitt den Befehl erlassen habe, bis zum 1. April kommenden Jahres von jeder Neuanforderung von Räumlichkeiten abzusehen. Die Reichsvermögensverwaltung in Koblenz ist angewiesen worden, bei der britischen und belgischen Armee auf den Erlaß eines gleichen Befehls hinzuwirken.

(Wichtig erscheint uns die Feststellung, ob diese Anordnung rückwirkende Kraft hat, d. h. **ob die Neubeschlagnahmungen von Wohnungen z. B. in Trier, Koblenz, Jülich usw. zurückgenommen werden.** Eingeschränkt wird der Wert des Befehls übrigens auch durch die Festlegung des 1. Aprils als vorläufigen Termin. D. Schriftl.)

Bemühungen um ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm

Sozialdemokratie und Koalition

In der Frage der Regierungsbildung ist im Laufe des gestrigen Tages eine weitere Klärung der Situation nicht erfolgt. Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat zwar eingehend zu der Frage des Eintritts in die Reichsregierung Stellung genommen, ohne aber irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Die Beratungen waren streng vertraulich, doch kann folgendes gesagt werden: Der Hinweis, den auch der Abgeordnete Koch auf dem demokratischen Parteitag in Breslau machte, daß man nämlich der Sozialdemokratie, wenn sie jetzt die Gelegenheit zu entscheidendem Einfluß auf die Gestaltung der politischen Entwicklung ungenutzt lasse, dann auch die Verantwortung für alles Kommende zuschieben werde, hat starken Eindruck bei den Kreisen gemacht, die bisher für die Große Koalition keine Neigung zeigten. Die Beratungen drehten sich um die Vorschläge für ein gemeinsames künftiges Regierungsprogramm. Hier stehen die sozialpolitischen Forderungen stark im Vordergrund, die namentlich auf einen weiteren starken Abbau der Lohnsteuer und auf eine Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge hinzielen. Sehr wesentlich für die künftigen Verhandlungen über die Regierungsbildung ist natürlich das Maß dieser Forderungen.

Was wird die Deutsche Volkspartei tun?

Wie wir erfahren, hat der Wunsch des Reichspräsidenten, eine Regierung der Großen Koalition zu bilden, die Haltung der volksparteilichen Führer stark beeinflußt, so daß sie gewillt sein werden, die sozialdemokratischen Forderungen auf ihre Annehmbarkeit sorgfältig zu prüfen. Die

großen wirtschaftlichen Gefahren,

denen Deutschland jetzt ausgesetzt ist, haben auch in den bürgerlichen Parteien die Ueberzeugung gestärkt, daß eine zur Mitverantwortung bereite Sozialdemokratie in der Lage sein würde, die Position der neuen Regierung zu stärken, wenn es darauf ankommt, Maßnahmen zu ergreifen, um die ernste Wirtschaftskrise, die über Deutschland hereingebrochen ist, wirksam zu bekämpfen. Das Programm, daß das zurückgetretene Kabinett Luther zur

Bekämpfung der Teuerung

aufgestellt hat, wird dabei nach wie vor eine gewichtige Rolle spielen. Dieses Programm darf aber nicht durch radikale Forderungen verschärft werden, da es sonst nach Auffassung der bürgerlichen Parteien seine Wirksamkeit verlieren würde.

Schwierigkeiten, die der Großen Koalition im Wege stehen, können vielleicht dadurch überwunden werden, daß alle in Frage kommenden Parteien und nicht nur die Sozialdemokratie ein

großes wirtschafts-politisches Programm

aufstellen, dessen Hauptzweck sein müßte, die Lage der Gesamtwirtschaft zu verbessern und Mittel und Wege zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Kommt ein solches gemeinsames Programm nicht zustande, dann werden die Bemühungen zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition scheitern müssen.

Parteiführer-Verhandlungen

Für Mittwoch nachmittag haben die Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion und der Zentrumsfraktion, die Führer der anderen für eine Große Koalition in Betracht kommenden Parteien, also der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftsvereinigung, zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen, um die Grundlagen eines gemeinsamen Arbeitsprogramms für die Große Koalition zu finden und die Vorbedingungen für die Bildung dieser neuen Regierungsmehrheit zu erfüllen.

Nochmaliger Empfang bei Hindenburg

Wie wir erfahren, hat der Reichspräsident die Parteiführer ersucht, ihm am Donnerstag die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen schriftlich formuliert vorzulegen, so daß die Anhaltspunkte, die zur Aufnahme der direkten Verhandlungen führen können, ganz eindeutig gegeben sein dürften. Sobald die schriftlichen Erklärungen der Parteien vorliegen, wird der Reichspräsident eine ihm geeignet erscheinende Persönlichkeit damit beauftragen, die Verhandlungen mit den Parteien aufzunehmen und den Versuch zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition zu unternehmen.

Englische Gelehrte gegen die Kriegsschuldparagraphen

Aus London wird gemeldet: Gestern abend wurde eine von zahlreichen hervorragenden Geistlichen, Gelehrten und Schriftstellern unterzeichnete Petition an die Regierung veröffentlicht, die für eine Abänderung von zwei Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles eintritt. Die Petition erklärt, daß der Vertrag von Versailles in zwei Punkten abgeändert werden müsse, und zwar der Artikel 231, der den Ursprung des Krieges „auf einen Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten" zurückführt und Artikel 227 bis 230, die sich gegen Vergehen gegen „internationale Moralität und Heiligkeit von Verträgen" richten. In der Petition wird ferner darauf hingewiesen, daß die Geistesverfassung, die die alliierten und assoziierten Mächte in den genannten Artikeln zum Ausdruck brachten, jetzt zum größten Teile verschwunden sei. Es sei offenkundig, daß diese Artikel ungerecht seien und ein ernstes Hindernis für internationales Einvernehmen bilden. Die Regierung wird daher dringend aufgefordert, die Artikel ohne weiteren Verzug abzuändern oder ausdrücklich ihre Absicht zu bekunden, diese Bestimmungen unberücksichtigt zu lassen.

Armes Oesterreich

Nach Meldungen aus Genf haben sich bei den Verhandlungen zwischen Regierung und dem Völkerbundsrat große Schwierigkeiten ergeben. Die Wünsche der österreichischen Regierung in der Frage der Kontrolle und Verwendung der Restkredite sind vom Völkerbundskomitee restlos abgelehnt worden.

Jedes Vierteljahr, wenn der Rat des Völkerbundes in Genf zusammentritt, muß die österreichische Regierung dorthin pilgern, um nicht nur über die zum Wiederaufbau des Landes geliehenen Kredite Rechenschaft abzulegen, sondern auch um alle wirtschaftlichen Maßnahmen zu verantworten, die in der Zwischenzeit legislatorisch oder praktisch notwendig waren.

Diese Prozession nach Genf ist im Laufe der Jahre zu einer beschämenden Tradition geworden, die der Frage, ob ein freier Staat sich diese Behandlung auf die Dauer gefallen lassen muß, keine bejahende Antwort gibt. Was ist eigentlich geschehen? Der Völkerbund hat dem wirtschaftlich zerrütteten, durch den Friedensvertrag verstümmelten Oesterreich bei den Westmächten eine Anleihe zur Sanierung seiner Valuta und seiner Finanzen verschafft und gleichzeitig ein Programm der wirtschaftlichen Gesundung aufgestellt, dessen Ausführung der vom Völkerbund ernannte Generalkommissär überwachen sollte. Wenn nach drei Jahren das Budget in Ordnung gebracht, das heißt: wenn Oesterreich dann in der Lage wäre, alle seine Staatsausgaben im Lande selbst aufzubringen, dann sollte die Kontrolle wieder aufgehoben werden. So sagte, versprach und verbriefte man es dem österreichischen Sanierungskanzler Dr. Seipel. Die dreijährige Frist ist nun abgelaufen, der kleine Staat hat mit unsäglichen Opfern alle ihm auferlegten Bedingungen erfüllt; aber der Völkerbund hält seine Versprechungen nicht ein, er begnügt sich damit, die Kontrolle etwas zu mildern, weil er glaubt, daß die schwache österreichische Regierung nicht genügend Willenskraft aufbringen wird, um das unwürdige Joch endlich abzuschütteln.

Schon einmal, im September dieses Jahres, hat der österreichische Finanzminister Ahrer, als man ihm allzu streng über die Details der Budgetziffern examiniren wollte, kategorisch auf den Tisch geschlagen. Damals drechselte man wohl in Genf die neue Variante, wie auf einem Nebenweg die Kontrolle über Oesterreich aufrechtzuerhalten wäre. Und diese neue Form wird eben jetzt, da die Vertreter der österreichischen Regierung, der Bundeskanzler, die Finanz- und Außenminister, der Präsident der Nationalbank, wieder vor dem Völkerbund stehen, plausibel gemacht. Der Generalkommissär Dr. Zimmermann, ein im holländischen Kolonialdienst ergrauter Fronvogt, soll allerdings ab 1. Januar seinen ständigen Wohnsitz nicht mehr in Wien haben, er wird die Kontrolle in der letzten Phase, das ist in der Zeit bis zur Unterbreitung des Rechnungsabschlusses für 1925, von seinem neuen Wohnort aus besorgen. Aber während diese Art von Kontrolle abgebaut wird, führt man gleichzeitig eine neue ein, indem die Rechte des „Beraters der Notenbank" wesentlich erweitert werden sollen. Diesen Posten versah bisher der holländische Professor und Nationalökonom A. van Gyn,